

Die Schweiz entscheidet sich für Netto-Null bis 2050

Am 18. Juni hat sich die Schweizer Bevölkerung für das «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (indirekter Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative)» ausgesprochen. Die Mitglieder von metal.suisse bekennen sich zu dem wichtigen Ziel aus dem Pariser Abkommen. Die Schweizer Unternehmen der metallischen Basisindustrie erkennen in der ökologischsten Produktion im Europäischen Vergleich einen wichtigen Geschäftsvorteil.

Um dieses strikte Klimaziel zu erreichen, werden in der metallischen Basisindustrie massive Investitionen nötig. Die Unternehmen der metallischen Basisindustrie sind bereits heute die effizientesten und ökologischsten Unternehmen im internationalen Vergleich. Angesichts hoher Produktionskosten in der Schweiz, sichert der ökologische Vorsprung die Produktion am Standort Schweiz.

In ganz Europa hat man den Hebel erkannt, den die metallische Basisindustrie bezüglich Netto Null aber auch hinsichtlich der Energiewende bietet. Den umfangreichen Klimazielen hat man eine entsprechende Stützung der am stärksten betroffenen Branchen gegenübergestellt. Entsprechend wichtig ist nun, dass die Schweizer Politik zusammen mit den exponierten Branchen einen verlässlichen Rahmen schafft, damit die Transformation der Wirtschaft gelingt. Von zentraler Bedeutung sind nun:

- **Schutz vor Carbon Leakage:** Die Schweiz muss eine Alternative zum CO₂ Grenzausgleichsmechanismus der EU (CBAM) finden, um die faire und wettbewerbsneutrale Umsetzung der Äquivalenz der Emissionshandelssysteme (ETS) der Schweiz und EU sicherzustellen. Eine solche Alternative schafft optimalerweise wichtige Anreize für CO₂-arme Produktionstechnologien
- **Verfügbarkeit von CO₂ freier Energie:** Die Transformation der Industrie benötigt in erster Linie grosse Mengen an CO₂ freier Energie. Der Ausbau des Angebots muss wieder technologieoffen passieren, damit nicht wichtige Zeit verloren geht. Die ausserordentlichen Gewinne, die Energieversorger infolge des Ukrainekriegs erwirtschaftet haben, müssen zweckgebunden für den Netzausbau und den verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien eingesetzt werden, um eine nachhaltige und klimafreundliche Energieversorgung zu gewährleisten. Nur so können Unternehmen als private Akteure ihren Beitrag zu einer CO₂ freien Energieversorgung leisten. Die Politik muss für einen Investitionsschutz und den Abbau administrativer Hürden sorgen, um die private Initiative zu fördern.
- **Wettbewerbsfähige Energiekosten:** Die temporäre Aussetzung von Netzzuschlägen und Netzzugangskosten müssen in Betracht gezogen werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Basisindustrie nicht zu gefährden. Die Transformation bedingt einen hohen Stromeinsatz. Die exorbitanten Energiekosten der Schweiz im internationalen Kontext können wichtige Investitionen in der Schweiz verhindern oder die nötigen Gelder ins Ausland lenken.
- **Aufbau einer wasserstoffbasierten Infrastruktur:** Die Stahlindustrie sollte grünen Wasserstoff frühzeitig einsetzen. Es ist wichtig, Industriestandorte schnellstmöglich an Wasserstoffnetze anzuschliessen und erneuerbare Energien sowie das Stromnetz auszubauen, um das CO₂ freie Metallrecycling zu ermöglichen.
- **Anschubfinanzierung und Förderprogramme:** Die Umstellung auf CO₂-arme Verfahren in der Schweizer Stahlproduktion erfordert finanzielle Unterstützung in Form von Investitionszuschüssen, steuerlichen Anreizen oder günstigen Krediten, um Unternehmen bei den

Investitionen in neue Technologien zu unterstützen. Das Klimagesetz nimmt die grossen Unternehmen, die dem Emissionshandelssystem unterstellt sind, von solchen Programmen aus. Hier muss schnell und effizient korrigiert werden.

- Sektoral- und Regionalpolitik des metallischen Materialkreislaufs: Die Produzenten müssen auf Augenhöhe mit ihren europäischen Konkurrenten am Markt teilnehmen können. Dies sichert die Versorgung in der Schweiz und den ökologischen Vorsprung der Produkte. Der wenig zielgerichteten Industriepolitik der EU muss die Schweiz eine intelligente industrielle Klimapolitik entgegensetzen. Die gleichlautenden Motionen von Nationalrätin Gutjahr und Ständerat Zanetti zur Sicherung der metallischen Materialkreisläufe in der Schweiz müssen schnell umgesetzt werden.

Die enge Zusammenarbeit der politischen Entscheidungsträger, der verantwortlichen Verwaltung und der betroffenen Unternehmen setzt jetzt wichtige Zeichen, die Umsetzung der Ziele schnell und effizient anzugehen. Dies sichert nicht nur die nachhaltige und zukunftsorientierte Transformation des metallischen Materialkreislaufs, sondern schafft eine innovative und ökologische Industriestruktur, die Arbeitsplätze in der Industrie sichert.

Der Dachverband metal.suisse fördert die Stahl-, Metall- und Fassadenbauweise in der Schweiz und setzt sich für den Materialkreislauf der metallischen Werkstoffe ein. Der Verband ist überzeugt mit seiner Bauweise und seinen Materialien einen zentralen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Schweiz beitragen zu können. Recyclingmaterialien sind heute Standard. metal.suisse fördert Konzepte der Weiter- und Wiederverwendung von Gebäuden und Bauteilen und unterstützt deren Umsetzung.

Basel, 20. Juni 2023

Medienkontakt metal.suisse

Andreas Steffes
Güterstrasse 78
4053 Basel

info@metalsuisse.ch
+41 61 228 90 32
+41 76 426 34 01

Luc Drosten
Güterstrasse 78
4053 Basel

info@metalsuisse.ch
+41 61 202 94 35